

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Andrej Hunko, Niema Movassat und der Fraktion DIE LINKE.

Drohender Staatszerfall im Jemen

Seit über 15 Jahren herrscht in dem auf der Arabischen Halbinsel gelegenen Jemen Gewalt und Bürgerkrieg. Das Land gilt mittlerweile als eines der ärmsten arabischen Länder. Nachdem im Jahr 1998 das Land durch immer wiederkehrende Terroranschläge von al-Kaida-nahen Gruppen erschüttert wurde, gipfelten die politischen Konflikte um die zaidistisch (schiitisch) geprägte Minderheit der Huthis im Norden des Jemen ab 2004 auch in Gewalt. Außerdem versucht seit dem Jahr 2009 der bis 1990 als unabhängiger Staat existierende Südjemen, sich gewaltsam wieder vom Mutterland abzuspalten.

Hintergrund des voranschreitenden Staatszerfalls im Jemen sind vor allem die desaströsen Folgen der „Hilfsprogramme“ des Internationalen Währungsfonds (IWF). Im Jahr 1995 kollabierte nach mehreren ökonomischen Schocks durch den Golfkrieg in Irak und Kuwait und einen Bürgerkrieg 1994 die jemenitische Wirtschaft, und die Zentralregierung in Sanaa nahm ein Programm des IWF an. In der ersten Phase des vom IWF diktierten Plans vom März bis Oktober 1995 stiegen die Ölpreise für die einfache Bevölkerung um 80 Prozent und die Strompreise um 60 Prozent. In der zweiten Phase vom Januar 1996 bis Oktober 1997 wurden die Staatsausgaben gesenkt, die staatliche Kontrolle der Wirtschaft eingeschränkt, tausende Staatsbedienstete entlassen, die Subventionen für Weizen und Weizenmehl gestrichen und ein Privatisierungsprogramm gestartet (Nora Ann Colton, „Yemen: A Collapsed Economy“, Middle East Journal, Jg. 64, 2010, Nr. 3, S. 410 bis 426, hier: S. 418). Die Wirtschaftskrise mündete somit in eine sich immer weiter ausbreitende Armut.

Durch die katastrophalen Folgen dieses IWF-Programms wurden viele Menschen in die Verzweiflung getrieben. Tausende Menschen schlossen sich in allen Landesteilen verschiedensten bewaffneten Gruppen an. Der Gruppe „al-Kaida auf der arabischen Halbinsel“ im Jemen sollen sich beispielsweise mittlerweile 1 000 Kämpfer angeschlossen haben (www.telegraph.co.uk/news/worldnews/al-qaeda/10893889/Al-Qaeda-map-Isis-Boko-Haram-and-other-affiliates-strongholds-across-Africa-and-Asia.html). Die Anführer der Bewegung „Gläubige Jugend“ (der Huthi-Bewegung) behaupten, 100 000 Kämpfer mobilisieren zu können (www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=4393&MainCat=3). Die Größe der südjemenitischen Separatistenbewegung ist schwer einzuschätzen. Die verschiedenen Gewaltkonflikte haben bisher laut Schätzungen insgesamt fast 10 000 Menschen das Leben gekostet.

Im Jahr 2007 forderte der nordjemenitische Aufständische, Yahya al-Huthi, der als einflussreich geltende Bruder des Huthi-Aufstandsführers, Abdul-Malik al-Huthi (www.criticalthreats.org/yemen/profile-al-houthi-movement#_edn45),

dass die deutsche Bundesregierung Verhandlungen zwischen den verfeindeten Bürgerkriegsparteien in seinem Herkunftsland einleiten sollte. „Die Deutschen wären gute Vermittler, sie haben enge Beziehungen zum Jemen“, sagte Yahya al-Huthi damals der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ, 6. Mai 2007). Die engen Beziehungen zwischen beiden Ländern führten jedoch bisher zu keiner Perspektive für die breite Masse der Bevölkerung im Jemen, sondern bestanden in der militärischen Ausstattungshilfe und der Präsenz einer Beratergruppe der Bundeswehr, der möglichen Duldung von Drohnenangriffen der USA im Jemen unter Nutzung von Einrichtungen in Deutschland und die Beteiligung an der informellen Staatengruppe „Freunde des Jemen“ gemeinsam mit den USA, Saudi-Arabien und anderen Akteuren (www.gov.uk/government/news/friends-of-yemen-q-a), die im Jemen eigene Interessen verfolgen und nach Auffassung der Fragesteller teilweise völkerrechtswidrig militärisch im Jemen aktiv sind. Offensichtlich und wenig überraschend haben diese äußeren Einflussnahmen auf die Kräfteverhältnisse vor Ort und die kontinuierliche Verletzung der jemenitischen Souveränität den Staatszerfall nicht aufgehalten, sondern beschleunigt.

Nachdem die jemenitische Zentralregierung dieses Jahr die Subventionen für Öl zusammenstrich, kam es zu einer neuen von der Huthi-Bewegung angeführten Protestwelle. Zuletzt haben Huthi-Rebellen mit al-Hudaida eine der wichtigen Hafenstädte des Jemen sowie darüber hinaus auch Teile der Hauptstadt eingenommen. Angesichts dieses Drucks trat der Übergangspräsident Mohammed Salem Basindwa zurück (www.heise.de/tp/artikel/43/43061/1.html). Die Huthi-Bewegung entwickelte sich laut Beobachtern von „einer Gruppe der religiösen Erweckung zu einer Bewegung, die zu einem Drittel aus einer politischen Partei besteht, und zu zwei Drittel aus einer schwer bewaffneten Miliz“ (www.foreignpolicy.com/articles/2014/10/10/from_outcasts_to_kingmakers_yemen_houthi).

Mit Ali Salim al-Beidh hielt sich einer der Anführer der südjemenitischen Separatistenbewegung für längere Zeit im deutschen Exil auf und agitierte von der Bundesrepublik Deutschland aus für die Unabhängigkeit des Südjemen (www.criticalthreats.org/yemen/yemens-southern-challenge-background-rising-threat-secessionism). Ob er im Kontakt mit der Bundesregierung stand, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Neben der Agitation aus dem Exil kamen in den vergangenen 24 Monaten Schritte ganz anderer Art im Südjemen direkt zu den Problemen des Jemen hinzu. Seit dem Beginn des Jahres 2013 stiegen die Angriffe der säkularen und religiösen Separatisten im Südjemen qualitativ und quantitativ an (www.jamestown.org/single/?tx_ttnews%5Bsword%5D=8fd5893941d69d0be3f378576261ae3e&tx_ttnews%5Bany_of_the_words%5D=Yemen&tx_ttnews%5Btt_news%5D=42049&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=764b02e249b78ac8b9860c1e6ea51727#.VEZRMvnudsI). Separatisten im Südjemen erklärten zuletzt den 30. November 2014 als Stichtag, zu welchem die Nordjemeniten den Süden des Landes verlassen haben müssen und riefen zu einem Streik für die Unabhängigkeit auf (www.aawsat.net/2014/10/article55337592).

Seit der Nahrungsmittelkrise im Jahr 2008 weiteten sich außerdem landesweit die sozialen Proteste im Land immer weiter aus (necsi.edu/research/social/yemen/). In den Jahren 2005 bis 2011 stiegen die gewaltsamen Proteste gegen die verfehlte Sozialpolitik der jemenitischen Regierung immer weiter an (necsi.edu/research/social/yemen/Yemen_Conflict.pdf). Bereits vor fünf Jahren galten 40 Prozent der jemenitischen Bevölkerung als unterernährt; außerdem nahm damals das Land den 153. Rang beim Reichtum aller Staaten gemessen vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (VN) ein (www.irinnews.org/report/77965/yemen-soaring-food-prices-force-more-people-below-poverty-line-wfp). Die Lage dürfte sich seitdem kaum verbessert haben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Lage im Jemen?
 - a) Wie viele unterschiedliche innerstaatliche Konflikte und konkurrierende Gruppierungen gibt es nach Erkenntnissen der Bundesregierung aktuell im Jemen?
 - b) Wie viele Tote und Verletzte (zivil und militärisch bzw. paramilitärisch) haben nach Kenntnis der Bundesregierung die verschiedenen Konflikte im Jemen von 1999 bis 2014 gekostet (bitte nach Konflikt, zivil und militärisch bzw. paramilitärisch auflisten)?
2. In welchem Rahmen haben die gewalttätigen Konflikte in den verschiedenen Regionen des Jemen die Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH behindert?
3. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der „Hilfsprogramme“ des IWF für den Jemen?
 - a) Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Auslandsschulden des Jemen von 1994 bis 2014 entwickelt?
 - b) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Armutsrate im Jemen seit Beginn der IWF-„Hilfsprogramme“ entwickelt?
 - c) Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung dazu, wie sich diese wirtschaftliche Situation auf die soziale Struktur sowie die gesellschaftlichen und politischen Konflikte im Jemen auswirkte?
4. Bestehen oder bestanden Gesprächskontakte der Bundesregierung bzw. nachgeordneter Stellen mit Yahya al-Huthi?
5. Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über das Eindringen saudi-arabischer Truppen in den Nordjemen in den Jahren von 2009 (www.atimes.com/atimes/Middle_East/KK11Ak01.html) bis heute?
6. Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über die Entsendung von marokkanischen und jordanischen Truppen in die saudi-arabisch-jemenitische Grenzregion im Sommer dieses Jahres (www.elimparcial.es/noticia/53058/)?

Welche anderen ausländischen Streitkräfte waren nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2009 im saudi-arabisch-jemenitischen Grenzgebiet stationiert oder wurden dort in irgendeiner Form aktiv, ohne dauerhaft dort stationiert zu sein?
7. Von wann bis wann hielten sich Berater der Bundeswehr in den Jahren 1994 bis 2014 im Jemen auf, und welche Bewaffnung trugen die Bundeswehrangehörigen dabei mit sich?
8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über ein Interesse der E.ON Energie Deutschland GmbH an einem Einstieg in den jemenitischen Gasmarkt (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56844/)?
9. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die angebliche iranische Unterstützung für die nordjemenitische Huthi-Bewegung (www.nytimes.com/2012/03/15/world/middleeast/aiding-yemen-rebels-iran-seeks-wider-mideast-role.html?pagewanted=all&_r=1&)?
 - a) Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über den angeblichen Aufenthalt iranischer Pasdaran (Revolutionswächter) im Jemen?

- b) Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über angebliche iranische Waffenlieferungen an die Huthi-Bewegung im Jemen?
- c) Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über den angeblichen Aufenthalt von Angehörigen der schiitisch-libanesischen Hisbollah-Miliz im Jemen?
10. Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über die angebliche Unterstützung von „al-Kaida auf der arabischen Halbinsel“ durch Saudi-Arabien (www.hintergrund.de/201410173286/politik/welt/brennpunkt-nahost-huthi-rebellen-erobern-immer-mehr-staedte-im-jemen.html)?
11. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl der Anhänger und die Anführer der südjemenitischen Separatistenbewegungen?
12. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die angebliche ausländische Unterstützung der südjemenitischen Separatisten (www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=6348)?
13. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die beiden südjemenitisch-separatistischen Aktivisten, Anwar Ismail und Khaled al-Junaidi, die Anfang September 2014 verschwunden sind (www.amnesty.org/en/library/asset/MDE31/009/2014/en/e8f21a8c-3b5d-4ed8-87d8-dc6632d02dbe/mde310092014en.html)?
14. Bestehen oder bestanden Gesprächskontakte der Bundesregierung bzw. nachgeordneter Stellen mit Ali Salim al-Beidh?
15. Zu welchen Konsequenzen führte nach Kenntnis der Bundesregierung die offizielle Untersuchung des Beschusses einer Trauergesellschaft im Südjemen durch Panzer der 33. Armeebrigade im Dezember 2013 (www.jamestown.org/single/?tx_ttnews%5Bwords%5D=8fd5893941d69d0be3f378576261ae3e&tx_ttnews%5Bany_of_the_words%5D=Yemen&tx_ttnews%5Btt_news%5D=42049&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=764b02e249b78ac8b9860c1e6ea51727#.VEZRmvmnudI)?
16. Teilt die Bundesregierung weiterhin die von der Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH mehrfach zum Ausdruck gebrachte Einschätzung, wonach „[die] Länder der Arabischen Halbinsel [...] ein hervorragendes Absatzgebiet für Sicherheitstechnik und -dienstleistungen“ darstellen (Bundestagsdrucksache 17/5667)?
17. Gegen welche der oppositionellen Gruppen richteten und richten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Drohnenangriffe der USA im Jemen?
18. Aufgrund welcher Kriterien erfolgt eine derartige Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe, und anhand welcher Kriterien erfolgt nach Kenntnis der Bundesregierung die Auswahl der konkreten Zielpersonen?
19. Welche staatlichen Organe des Jemen haben wann und in welcher Form und auf welcher Rechtsgrundlage den Drohnenangriffen der USA auf dem Territorium des Jemen bzw. gegen jemenitische Staatsbürger nach Kenntnis der Bundesregierung zugestimmt?
20. Der Zustimmung welcher staatlichen Organe bedürfte nach Kenntnis der Bundesregierung eine (völker-)rechtskonforme Durchführung von Angriffen der USA im bezeichneten Sinn, und auf welcher Rechtsgrundlage und in welcher Form müsste diese Zustimmung erteilt werden?
21. Welche Auswirkungen haben die Drohnenangriffe der USA nach Kenntnis der Bundesregierung auf die politische Situation im Jemen?

22. Welche Auswirkungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Drohnenangriffe der USA auf das soziale Gefüge und die physische und psychische Konstitution der Bevölkerungsgruppen in den betroffenen Gebieten?

Berlin, den 13. November 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

